

Einwanderung nach Ostdeutschland: Neue Chance 2011

Deutschland – insbesondere Ostdeutschland – erfährt mit der Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung eine demographische Konstellation, welche Gesellschaft und Ökonomie vor erhebliche Herausforderungen stellen wird. Zu denken ist an die Nachhaltigkeit der sozialen Sicherungssysteme, der öffentlichen Haushalte, aber auch an das Wachstumspotenzial einer Wirtschaft, deren Humankapitalressourcen schwinden. Um diesen Problemen gerecht zu werden, gilt es einerseits *Anpassungsstrategien*, also Lösungen bei gegebenem demographischem Entwicklungspfad, zu entwerfen. Andererseits müssen *Vermeidungsstrategien*, d. h. Strategien zur Verbesserung der demographischen Konstellation selbst, realisiert werden, um den Problemdruck zu mildern. Die Vermeidungsstrategien betreffen erstens die Geburten und zweitens die Wanderungsbilanz. Während das Geburtenverhalten als weitgehend unbeeinflussbar gilt und mit Blick auf die demographiebedingten Problemlagen eher langfristig wirkt, scheint die Entwicklung von Zu- und Abwanderung eher durch politische Maßnahmen steuerbar zu sein – auch wirkt eine Veränderung der Wanderungsbilanz unmittelbarer auf die Ökonomie, da sie in erheblichem Umfang Personen im erwerbsfähigen Alter betrifft.

Freilich ist die gegenwärtige Entwicklung der Wanderungsverflechtung Deutschlands mit dem Ausland in dieser Beziehung eher ernüchternd. Deutschland, das in der politischen Debatte gern als Einwanderungsland bezeichnet wird, wies 2008 – und nach einer vorläufigen Schätzung des Statistischen Bundesamtes auch 2009 – eine negative Wanderungsbilanz gegenüber dem Ausland auf.⁶ Die Sonderentwicklungen, welche in den 1990er Jahren zu erheblichen Wanderungsgewinnen gegenüber dem Ausland geführt haben und in der Folge auch zu einer restriktiveren Immigrationspolitik – zu denken ist an die Verschiebung der Umsetzung einer vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit gegenüber den neuen EU-Ländern bis Mai 2011 –, scheinen abgeklungen und die Attraktivität Deutschlands für „normale“ Zuwanderung auch aufgrund

⁶ Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT: Erneute Bevölkerungsabnahme für 2009 erwartet. Pressemitteilung Nr. 028 vom 21.01.2010.

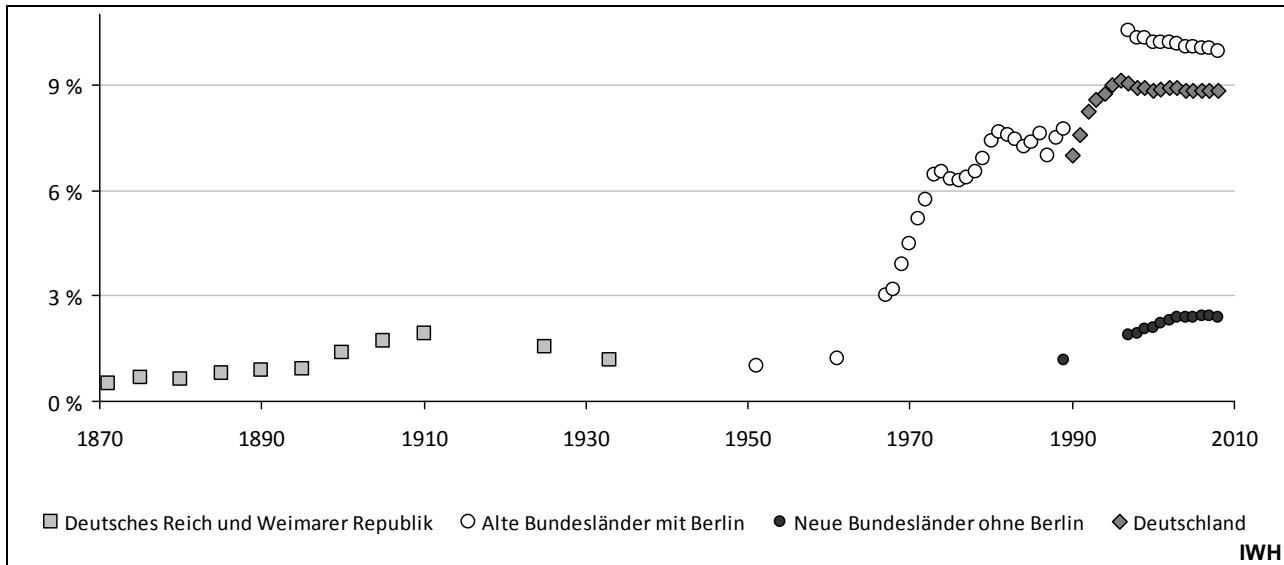
rechtlicher Rahmenbedingungen eher begrenzt zu sein.

Vor diesem Hintergrund beleuchtet der vorliegende Artikel die Entwicklungsmuster der Migrationsverflechtungen Deutschlands mit dem Ausland. Auf zwei Aspekte wird dabei besonderer Wert gelegt. *Erstens* soll nicht nur auf die aktuelle, sondern auch auf die historische Entwicklung der Außenwanderung in Deutschland im 20. Jahrhundert eingegangen werden. Dies ist für die Einordnung der gegenwärtigen Situation hilfreich; im Übrigen spricht die in der Migrationsforschung betonte Netzwerkmigration für die Bedeutung der Einwanderungshistorie eines Landes – unterliegt die Zuwanderung doch gewissen Pfadabhängigkeiten, sodass Länder mit lang anhaltender Zuwanderung bestimmter ethnischer Gruppen und einem hohen Anteil dieser Gruppen in der Bevölkerung auch weiterhin Migranten aus den entsprechenden Herkunftsgebieten anziehen können.⁷ *Zweitens* wird ein besonderes Gewicht auf die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland gelegt. Dieser regionale Fokus liegt einerseits darin begründet, dass Alterung und Schrumpfung besonders schnell und besonders drastisch in den Neuen Ländern auftreten, der Problemdruck hier mithin besonders hoch ist. Andererseits unterschieden sich auch die Immigrationsregime von BRD und DDR erheblich, sodass eine Differenzierung nach Ost und West auch heute noch notwendig erscheint.⁸

⁷ In diesem Zusammenhang ist die semantische Unterscheidung von Ein- und Zuwanderung zu berücksichtigen. Während die Zuwanderung eine zeitlich nicht näher qualifizierte Verlegung des Wohnortes über Grenzen des Nationalstaats hinweg bezeichnet, wird unter Einwanderung in der Regel die auf Dauer angelegte Verlegung des Wohnsitzes verstanden. Diese generiert dann Migrationspfade, insofern ganze Familien und Nachbarschaften den Pioniermigranten nachwandern.

⁸ Auf eine Beschreibung der Flüchtlings- und Asylmigration wird in diesem Beitrag weitgehend verzichtet. Der Schwerpunkt der Asylmigration lag bis in die 1970er Jahre auf dem Ostblock und verschob sich zu einem Zuzug aus den Krisenregionen der „Dritten Welt“. Mit dem Transformationsprozess kam es wieder zu massiv steigenden Flüchtlings- und Asylantenzahlen aus Osteuropa. Die Einführung des Artikels 16a GG im Jahr 1993 führte jedoch dazu, dass durch die „Drittstaatenregelung“ und die Voraussetzung einer „Verfolgung“ die Chancen auf deutsches Asyl nunmehr stark eingeschränkt sind. Der derzeitige Einfluss von Asyl-

Abbildung 1:
Ausländeranteile in Deutschland
- 1871 bis 2008 -



Quelle: Darstellung des IWH auf Basis von Daten des Statistischen Bundesamtes.

Deutschland als Einwanderungsland – Historie

In historischer Dimension hat Deutschland eine eher episodische Geschichte als Einwanderungsland. Demgegenüber war die Auswanderung bis weit ins 20. Jahrhundert hinein von deutlich stärkerem Gewicht – auch wenn die Dimension der Auslandswanderung von der Binnenwanderung weit in den Schatten gestellt wurde.⁹ Eine frühe Episode substanzieller Einwanderung in der frühen Neuzeit stellt die hugenottische Zuwanderung im 16. und 17. Jahrhundert dar. Überhaupt dominierten in dieser Periode die religiös motivierten Wanderungsbewegungen. Die Zielorte dieser zwangsweisen Wanderungen wurden von den Migranten dann aber auch unter ökonomischen Gesichtspunkten gewählt. Im Übrigen hatten viele der durch den Dreißigjährigen Krieg stark in Mitleidenschaft gezogenen deutschen Gebiete ein erhebliches Interesse daran, ihre Bevölkerungsverluste qua Immigration auszugleichen. Im 18. und 19. Jahrhundert übertraf die Auswanderungsbewegung die Ein-

lanten auf die aktuelle Ausländerstruktur ist deshalb vergleichsweise gering.

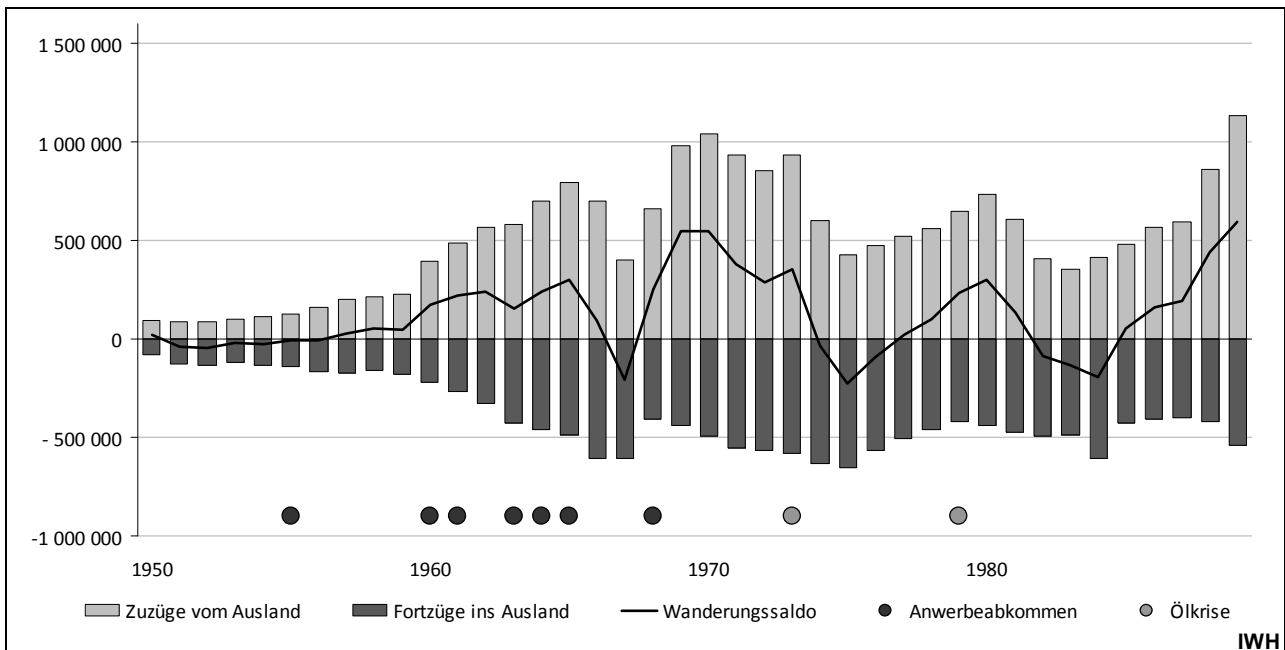
⁹ Vgl. für einen Überblick über die Geschichte der Außenwanderung in Deutschland PFISTER, C.: Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1500-1800. Oldenbourg Verlag: München 2007 sowie EHMER, J.: Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie 1800-2000. Oldenbourg Verlag: München 2004.

wanderung dann jedoch deutlich. Amerika, Südosteuropa und Russland stellten die wichtigsten Zielregionen der deutschen Auswanderung dar. Dies änderte sich erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als die zunehmende Arbeitskräfteknappheit nicht nur zu einer verstärkten Binnenwanderung von Ost nach West, sondern auch zu einem Ansteigen der Immigration ins deutsche Kaiserreich hinein führte. Dabei kamen die bedeutendsten Wanderungsströme aus (Süd-)Osteuropa sowie aus Italien.¹⁰ Trotz solcher vereinzelter Immigrationsbewegungen verblieb der ausländische Bevölkerungsanteil in Deutschland bis weit in die 50er Jahre des 20. Jahrhunderts hinein unter 3% (vgl. Abbildung 1).

Die weitgehende Übereinstimmung der Ausländeranteile von 1933 und 1950 in Abbildung 1 verdeckt freilich die zwischenzeitlich enormen räumlichen Bevölkerungsverschiebungen der 1940er Jahre. Dies betrifft die von den Nationalsozialisten zur Stützung der Kriegswirtschaft betriebenen Zwangsdeportationen, die Flüchtlingsbewegungen, die Wanderung der *Displaced Persons* der unmittelbaren Nachkriegszeit sowie die Zwangswanderungen der aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten

¹⁰ Die größte Gruppe der Immigranten stellten dabei die Polen, obwohl ein Großteil der Wanderung von ethnischen Polen innerhalb des Reiches erfolgte und damit keine Außenwanderung darstellte.

Abbildung 2:
Auslandswanderung^a in der BRD
- 1950 bis 1989 -



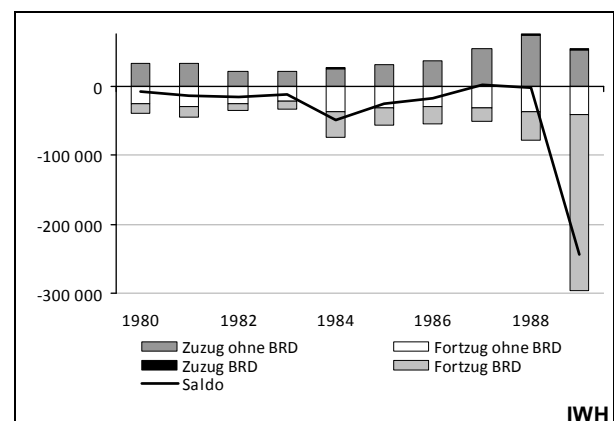
^a Ohne Fort- und Zuzüge aus der DDR.

Quelle: Darstellung des IWH auf Basis von Daten des Statistischen Bundesamtes.

Vertriebenen.¹¹ Allein zwölf Millionen Heimatvertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten wurden in den vier Besatzungszonen untergebracht, davon acht Millionen in den westlichen Besatzungszonen. Die westliche Ökonomie hatte in der Folgezeit zusätzlich die 3,5 Millionen Übersiedler aus der DDR zu integrieren. Die durch das Wirtschaftswunder generierte Absorptionskraft war derartig hoch, dass trotz dieses erheblichen Zuwachses an Bevölkerung das Arbeitsangebot mit der Arbeitsnachfrage nicht Schritt halten konnte, insbesondere nach dem Bau der Mauer, welcher den Zustrom an Übersiedlern fast gänzlich zum Erliegen brachte. Die Lösung des Problems, die dann zu einem signifikanten Anstieg der Zuwanderung führte und Deutschland erstmalig mit einer starken Einwanderung von Nichtdeutschen konfrontierte, bestand im Anwerben von „Gastarbeitern“. Hierfür wurden zwischen 1955 und 1968 entsprechende Anwerbeabkommen mit acht südlichen Ländern geschlossen.¹² Abbildung 2 ver-

deutlicht, dass damit ein sehr viel höheres Niveau der Auslandswanderungen verbunden war und in der Regel ein recht hoher Überschuss der Zuzüge realisiert wurde. Das aktive Anwerben endete in Folge der ersten Ölkrise und einer damit verbundenen Rezessionsphase durch den bis heute gültigen Anwerbestopp von 1973. Die damit einhergehenden Einschränkungen, wie der Verlust der Aufenthaltserlaubnis selbst bei einem nur vorübergehenden Verlassen der Bundesrepublik, führten im Zusam-

Abbildung 3:
Auslandswanderung in der DDR
- 1980 bis 1989 -



Quelle: Darstellung des IWH auf Basis von Daten des Statistischen Jahrbuches der DDR 1990.

¹¹ Vgl. hierzu BADE, K. J.; OLTMER, J.: Normalfall Migration: Deutschland im 20. und frühen 21. Jahrhundert. 2004.

¹² Anwerbeabkommen existierten mit Italien, Spanien, Griechenland, der Türkei, Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien.

Tabelle:
 Ausländergruppen in Deutschland nach Herkunftsregionen, 2008
 - Anzahl in 1 000 Personen -

Herkunftsregion	Alte Bundesländer ohne Berlin		Neue Bundesländer mit Berlin	
Europa	7 707	55%	763	53%
Afrika	428	3%	49	3%
Amerika	284	2%	55	4%
Asien, Australien und Ozeanien	1 232	9%	244	17%
Ohne Angabe bzw. unzutreffend	4 477	32%	327	23%
Insgesamt	14 128	100%	1 438	100%

Quellen: Auswertung des Mikrozensus 2008 durch das Statistische Bundesamt; Darstellung des IWH.

menspiel mit weiteren gesetzlichen Regelungen zu einem nun langfristig angelegten Verbleib der 2,6 Millionen Gastarbeiter und zu einer zweiten Einreisewelle aufgrund des Nachzugs von Familienangehörigen.¹³

In der DDR stellte sich die Situation etwas anders dar. Zwar konnte der Zuzug von 3,9 Millionen Heimatvertriebenen in das Gebiet der DDR in etwa den kriegsbedingten Verlust „kompensieren“. Bis zum Bau der Berliner Mauer 1961 kam es aber auch in der sich erholenden ostdeutschen Nachkriegswirtschaft infolge der Abwanderung der 3,5 Millionen Übersiedler in den westlichen Teil Deutschlands zu einem akuten Arbeitskräftemangel.¹⁴

Die DDR warb deshalb im Rahmen von Anwerbeabkommen ab den 1960er Jahren so genannte Vertragsarbeiter an.¹⁵ Im Vergleich zur Bundesrepublik war die Dimension der durch die Abkommen verursachten Auslandswanderungen in der DDR jedoch gering. In den 1980er Jahren – der Zeitraum, für den Zahlen vorliegen – zeigt sich ein Immigrationsvolumen von lediglich 20 000 bis 70 000 Personen, auch der Außenwanderungssaldo ist nach Bereinigung um die Aus- und Zuwanderung in die BRD in den wenigsten Jahren nennenswert von null verschieden (vgl.

Abbildung 3). So erklärt es sich, dass die DDR im Jahr 1989 nur 191 190 Ausländer – also etwa 1,2% der Bevölkerung – beheimatete. Fast die Hälfte dieser Gruppe besaß Vertragsarbeiterstatus. Die Vertragsarbeitnehmer kamen dabei vorwiegend aus Vietnam und Mosambik, wodurch Besonderheiten der aktuellen Ausländerstruktur der Neuen Bundesländer erklärt werden (vgl. Tabelle). Gerade der hohe Bevölkerungsanteil von Personen aus „Asien, Australien und Ozeanien“ ist vor allem auf vormals vietnamesische Vertragsarbeiter zurückzuführen.

Entwicklung seit dem Fall der Mauer

Nach 1990 kam es zu einer vermehrten Zuwanderung nach Deutschland, wofür vornehmlich die Immigranten aus den zerfallenden Staaten von Jugoslawien und der UdSSR verantwortlich waren. Der Zustrom von Personen aus diesen Staaten konzentrierte sich indes auf die frühen und mittleren 1990er Jahre. Seit zehn Jahren ist deren Zuwanderung stark rückläufig. In der Folge näherte sich das Niveau der Zuwanderung dem etwa gleich bleibenden der Auswanderung an, sodass in den letzten Jahren stark sinkende Wanderungsüberschüsse mit dem Ausland resultierten und im Jahr 2008 gar eine negative Wanderungsbilanz verzeichnet wurde.

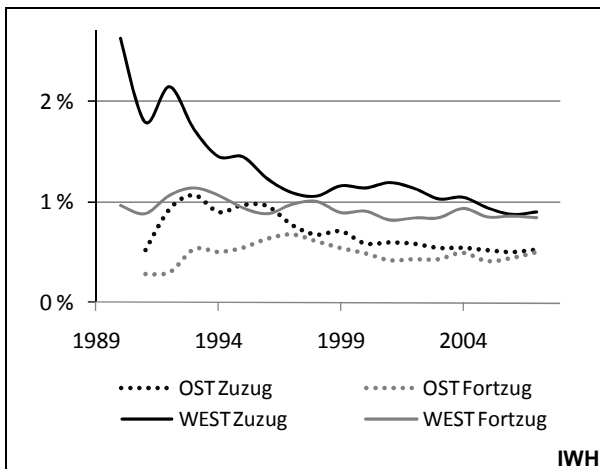
In der Ost-West-Betrachtung fällt überdies auf, dass die Attraktivität der Neuen Länder als Zielregion ausländischer Migranten auch nach dem Fall der Mauer erheblich unter der des westlichen Teils liegt. So wird in Abbildung 4 sichtbar, dass der Osten sowohl in den Jahren hoher Zuwanderungsüberschüsse als auch in Perioden mit nahezu ausgeglichener Bilanz der Außenwanderung nur halb so hohe Zuwanderungsraten verzeichnen kann

¹³ Vgl. DEUTSCHER BUNDESTAG: Sechster Familienbericht: Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Drucksache 14/4357, 2000, S. 38.

¹⁴ Hinzu kommen die Besonderheiten einer Zentralverwaltungswirtschaft, welche zu einer systeminhärenten Fehlallokation der Produktionsfaktoren führt und so die Knappheit von Ressourcen erhöht. Vgl. KORNAI, J.: The Economics of Shortage. North-Holland: Amsterdam 1980.

¹⁵ Anwerbeabkommen zwischen der DDR und Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) existierten mit Polen, Ungarn, Mosambik, Vietnam, Angola und Kuba.

Abbildung 4:
Einwohnergewichtete Aus- und Zuwanderungsraten
- Ost- und Westdeutschland^a, 1990 bis 2007 -



^a OST = Neue Bundesländer mit Berlin; WEST = Alte Bundesländer ohne Berlin.

Quelle: Darstellung des IWH auf Basis von Daten des Statistischen Bundesamtes.

wie Westdeutschland. Würde Berlin als Magnet der osteuropäischen Zuwanderung aus der Analyse heraus gerechnet, verringerte sich diese Rate noch. Überdies macht Abbildung 4 deutlich, dass die Wanderungsbilanz gegenüber dem Ausland im Osten tendenziell schlechter ausfällt als im Westteil Deutschlands. Mit anderen Worten: Der Zuzug von Personen aus dem Ausland liegt weniger deutlich über den Fortzügen als in den westlichen Bundesländern.

Ein Ost-West-Unterschied bleibt auch bei feinerer regionaler Differenzierung bestehen. Dies zeigt sich vor allem auf der linken Karte der Abbildung 5, welche den Ausländeranteil für das Jahr 2007 auf kleinräumiger regionaler Ebene wiedergibt. Die ostdeutschen Landkreise weisen fast durchgängig niedrige Ausländeranteile von unter 3% gemessen an der Gesamtbevölkerung auf. Nur einige größere kreisfreie Städte weisen höhere Werte auf. In den westlichen Regionen liegt der Ausländeranteil – bei größerer Streuung – auch auf dem Land fast immer über 3%, im Süden und Westen über 6%. In den großen Agglomerationen sind Werte von deutlich über 9% zu verzeichnen.

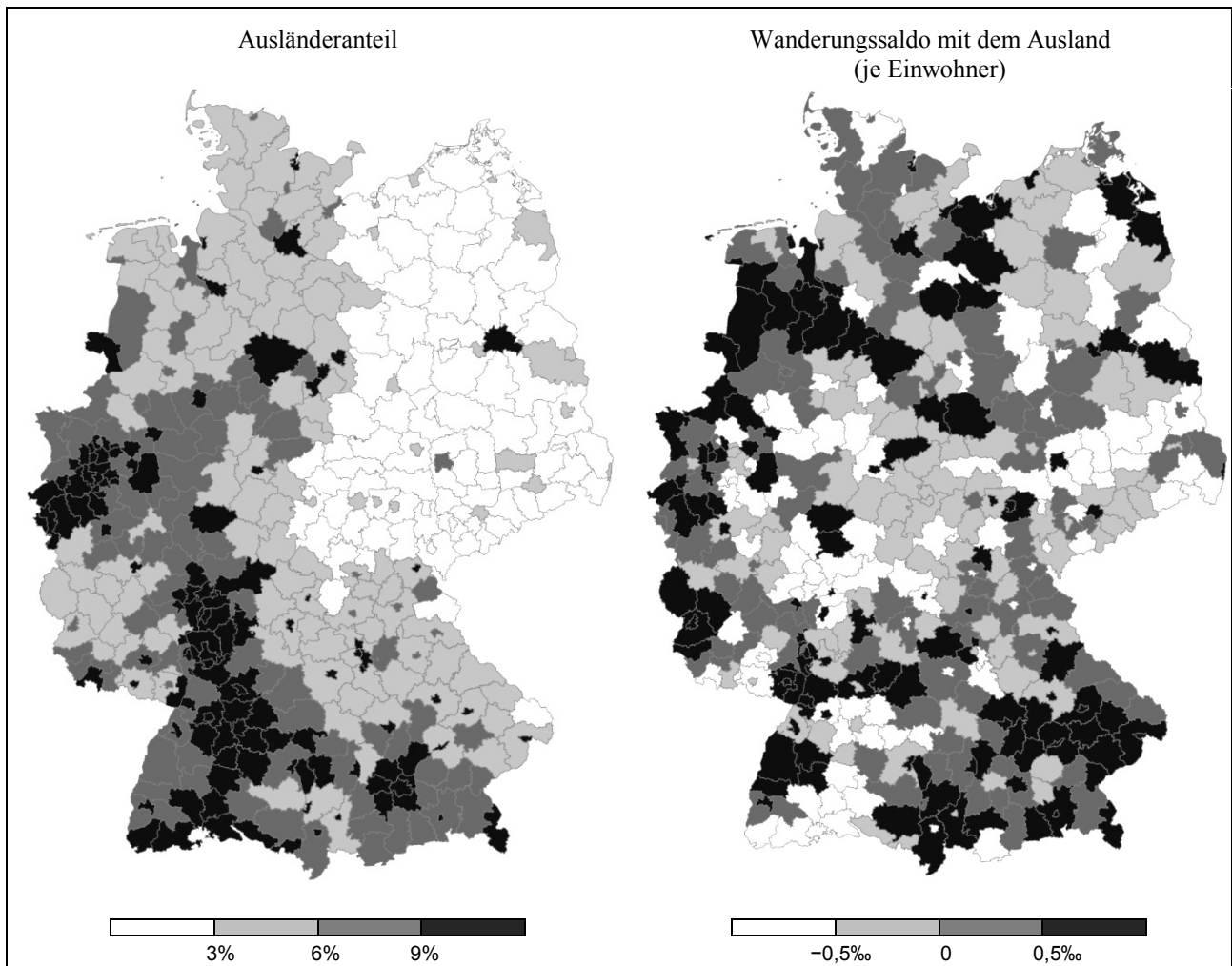
Analysiert man demgegenüber die Stromgröße der regionalen Außenwanderungsbilanz, so zerfällt das Ost-West-Muster zu erheblichen Teilen (vgl. Abbildung 5, rechte Karte). Während sowohl Teile des Ruhrgebiets und strukturschwache Räume Hessens als auch die meisten Regionen der ost-

deutschen Peripherie durch eine Nettoabwanderung gegenüber dem Ausland gekennzeichnet sind, weisen die Wirtschaftszentren in Ost und West eine Nettozuwanderung auf.

Bemerkenswerter ist jedoch die Entwicklung an den Grenzen. Es zeigt sich, dass insbesondere die geographische Nähe zu Polen einen Zustrom von Bevölkerung aus dem Ausland in ländliche Räume Ostdeutschlands ermöglicht hat. Verantwortlich für diesen Effekt dürften polnische Bürger sein, welche zwar – aufgrund der immer noch bestehenden Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Personen aus den Ländern der neuen EU-Beitrittsstaaten – noch nicht uneingeschränkt in Deutschland arbeiten, aber doch wohnen dürfen und zu den Grenzpendlern zu zählen sind. Somit profitieren die Grenzregionen von der jetzigen Regelung, da sie das Wohnen in Deutschland bei gleichzeitigem Arbeiten in Polen ermöglichen. Trotz dieser Sonderentwicklungen ist das Volumen des Nettozustroms aus dem Ausland jedoch auch in diesen Regionen recht niedrig. Im Übrigen beschränkt sich dieser Zuzug von polnischen Grenzpendlern auf Gebiete, die im Einzugsbereich größerer polnischer Siedlungen liegen, insbesondere auf das Umland von Stettin.

Die auf der linken Karte der Abbildung 5 dargestellten Unterschiede im Ausländeranteil zwischen Ost- und Westdeutschland machen freilich nur die Differenzen hinsichtlich der Personen mit eigener ausländischer Staatsangehörigkeit sichtbar. Aufgrund der unterschiedlichen Geschichte und Politik der Immigration in der BRD und der DDR ist der Homogenitätsgrad der Bevölkerung im Osten jedoch viel höher, als es Abbildung 5 zum Ausdruck bringt. Beispielsweise ist der Anteil von „Deutschen der ersten Generation“ (welche selbst aus dem Ausland zugezogen sind) und „Deutschen zweiter Generation“ (die mindestens ein Elternteil besitzen, das aus dem Ausland zugezogen ist oder eine ausländische Staatsbürgerschaft aufweist) im Westen fast dreimal so hoch wie im Ostteil Deutschlands. Abbildung 6 macht diese Unterschiede deutlich. Es zeigt sich, dass der Ost-West-Unterschied bei den Personen mit Migrationshintergrund noch höher ist als bei Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Während im Westteil 22% der Bevölkerung einen Migrationshintergrund in der vorgenommenen Abgrenzung aufweisen, sind es im

Abbildung 5:
 Ausländeranteil sowie einwohnergewichteter Wanderungssaldo mit dem Ausland auf regionaler Ebene
 - Landkreise und kreisfreie Städte, 2007 -



Quelle: Darstellung des IWH auf Basis von Daten des Statistischen Bundesamtes.

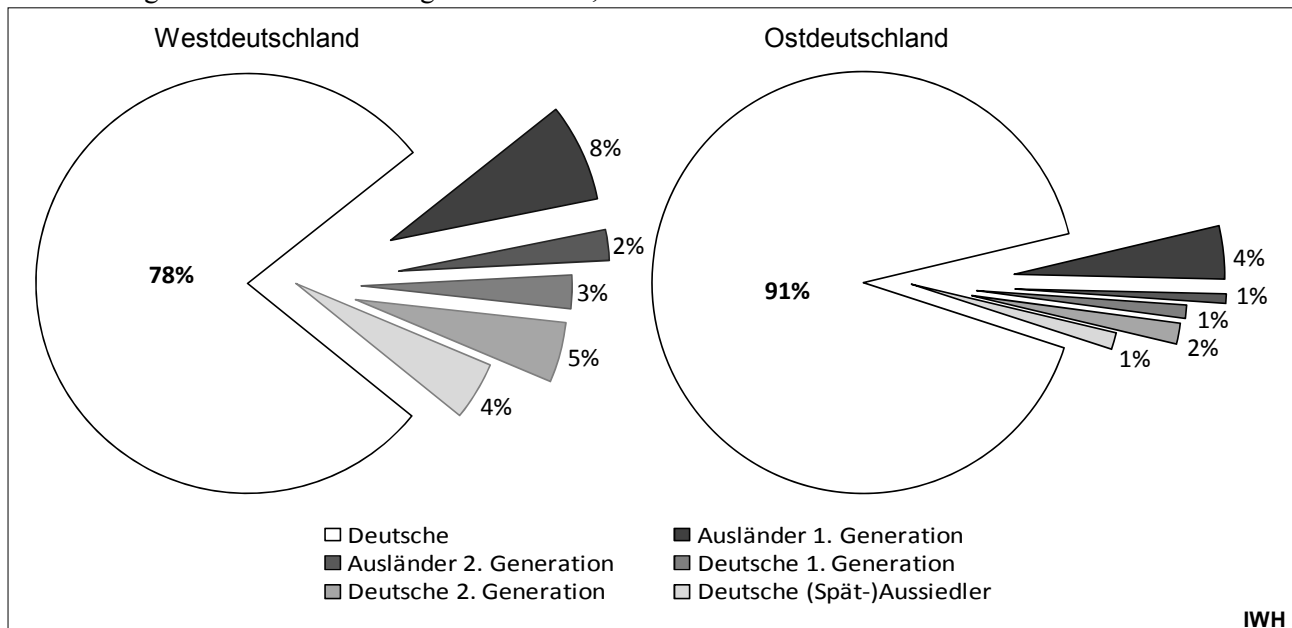
Osten nur 9%. Der Ostteil Deutschlands, so lässt sich schließen, kann damit nicht als Einwanderungsregion bezeichnet werden. Erstens war die Dimension der Zuwanderung im Vergleich zum Westteil in den letzten 60 Jahren gering; zweitens war diese Zuwanderung in DDR-Zeiten keine echte Einwanderung, da die Rückkehr in die Herkunftsregion die politisch intendierte und realisierte Regel war. Demgegenüber verblieb ein Großteil der Zuwanderer in der BRD, auch wenn von politischer Seite ursprünglich nur der Status als „Gastarbeiter“ beabsichtigt war.

Fazit

Auch wenn die gegenwärtige Migrationsbilanz Deutschlands gegenüber dem Ausland ausgeglichen oder gar negativ ist, lässt sich Deutschland aufgrund

der bundesrepublikanischen Migrationsgeschichte der letzten 60 Jahre gerechtfertigt als Einwanderungsland bezeichnen. Für die Teilregion der Neuen Bundesländer gilt dies indes nicht. Dazu ist der Zeitraum, in dem auf Dauer angelegte Zuwanderung in substanzieller Größenordnung erfolgen konnte, zu gering bzw. überhaupt noch nicht vorhanden. Fehlende Erfahrungen mit Migranten, aber auch fehlende ethnische Netzwerke für potenzielle Zuwanderer legen die Vermutung nahe, dass Immigration auch künftig eher in den Westteil Deutschlands erfolgen wird, selbst wenn sich die Arbeitsmarktsituation im Osten demographiebedingt verbessern sollte. Die einzig greifbare – in Ansätzen bereits reale – Option zur Erhöhung von Zuwanderung in die Neuen Länder stellt die Migration aus Mitteleuropa, insbesondere aus Polen, dar. Die räum-

Abbildung 6:
Bevölkerung nach detailliertem Migrationsstatus^a, 2008



^a Deutsche 1. Generation = deutsche Personen mit eigener Migrationserfahrung; Deutsche 2. Generation = deutsche Personen, die mindestens ein Elternteil besitzen, das aus dem Ausland zugezogen ist oder eine ausländische Staatsbürgerschaft aufweist; Ausländer 1. Generation = ausländische Personen, welche selbst aus dem Ausland zugezogen sind; Ausländer 2. Generation = ausländische Personen, die mindestens ein Elternteil besitzen, das aus dem Ausland zugezogen ist oder eine ausländische Staatsbürgerschaft aufweist; Deutsche (Spät-)Aussiedler = deutsche Volkszugehörige, die vor 1993 im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion geboren und ab 1993 im Wege des Aufnahmeverfahrens (bei gegebenen Voraussetzungen) nach Deutschland zugezogen sind.

Quelle: Darstellung des IWH auf Basis von Daten der Auswertung des Mikrozensus 2008 des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 1, Reihe 2.2).

liche Nähe zum Herkunftsgebiet könnte bestehende Attraktivitätshemmnisse der östlichen Bundesländer kompensieren helfen und einen signifikanten Zuwanderungsstrom über die Grenzregionen hinaus in Gang setzen. Überdies hat sich in anderen EU-Ländern gezeigt, dass Migration aus Mitteleuropa in der Regel eine Migration von Qualifizierten darstellt und in den Arbeitsmarkt und nicht in die Sozialsysteme erfolgt.

Indes ist vor zu hohen Erwartungen mit Blick auf die Größenordnung des Zuwanderungsstromes zu warnen. Ein Großteil der migrationsaffinen Bevölkerung ist in der Folge der zügigeren Implementierung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in anderen EU-Staaten bereits aus Mitteleuropa ab- und wohl auch ausgewandert. Dieser Teil der Bevölkerung scheint für Ostdeutschland aufgrund der restriktiven Einwanderungspolitik der letzten Jahre verloren zu sein. Die Anstrengungen müssen daher darauf gerichtet sein, die ab Mai 2011 in den Arbeitsmarkt drängenden Zu- und Einwanderer aus den östlichen Nachbarländern nicht durch neuerliche Restriktionen abzuschrecken, sondern ihnen

den Zuzug nach Kräften zu erleichtern. Angesichts der Dimension des in den Nachbarländern verbliebenen Migrationspotenzials und angesichts der demographischen Notlage, auf welche die Neuen Länder in der nächsten Dekade zusteuern, erscheinen Befürchtungen vor einem übermäßigen *crowding out* der ansässigen Arbeitnehmer unbegründet.

Alexander Kubis
(Alexander.Kubis@iwh-halle.de)

Lutz Schneider
(Lutz.Schneider@iwh-halle.de)